

## Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

### zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 2/24

#### A. Problem

Antragsteller in dem Verfahren 2 BvE 2/24 sind 28 Bundestagsabgeordnete der Gruppe Die Linke sowie die Gruppe Die Linke im Deutschen Bundestag.

Die Antragsteller sehen sich durch die Begrenzung Kleiner Anfragen auf zehn pro Monat durch die Annahme der Beschlussvorlage auf Drucksache 20/10219 in ihrem Recht auf freie Mandatsausübung nach Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes verletzt und beantragen die entsprechende Feststellung durch das Bundesverfassungsgericht. Darüber hinaus verfolgen sie mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung das Ziel, den Deutschen Bundestag zu verpflichten, der Gruppe Die Linke und den ihr angehörenden Abgeordneten das Recht auf Kleine Anfragen unbeschränkt zu eröffnen.

#### B. Lösung

**Der Rechtsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke sowie in Abwesenheit der Gruppe BSW, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 2/24 Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.**

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Kosten der Prozessvertretung.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 2/24 Stellung  
zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen  
Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 13. März 2024

**Der Rechtsausschuss**

**Elisabeth Winkelmeier-Becker**  
Vorsitzende

**Bericht der Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Elisabeth Winkelmeier-Becker**

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 93. Sitzung am 13. März 2024 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und AfD und der Gruppe Die Linke sowie in Abwesenheit der Gruppe BSW beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvE 2/24 Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, eine Prozessbevollmächtigte oder einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen.

Berlin, den 13. März 2024

**Elisabeth Winkelmeier-Becker**  
Vorsitzende

